Nr. 100 / 35. Jahrgang — Sonnabend, 28. April 1928 — Einzelnummer 20 Pf.

Leipziger Volkszeitung

Auch die Frau muß Wahlarbeit leisten

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Grothsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage **Volk und Zeit** sowie der **Kinder-Beilage**, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. Telephon Sammelnummer 72206 — **Postscheckkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonelzeile 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gesp. Kolonelzeile 25 Pfg Familiennachrichten von Privaten die 10gesp. Kolonelzeile mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gesp. Kolonelzeile 40 Pfg. bei Platzvorschr. 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Vor der Wahl und nach der Wahl

Was Deutschnationale versprechen und was sie halten

ACHTUNG!

Was ist eine der ersten Forderungen der Deutschnationalen Volkspartei? **Die Aufwertung**

der Kriegs- und Kriegsanleihen, der Pfandbriefe, der Kriegshypotheken und der Obligationen, der Spareinlagen und Versicherungen. Wohl alle Parteien reden von der Aufwertung. Aber welcher Partei ist es ernst mit dieser Forderung? Welche Partei hat sich ohne Rücksicht auf Kriegs- und Revolutionsgewinnler, ihre Nutznießer der Entwertung unserer alten Reichsmark, restlos und ohne Vorbehalt zur Aufwertung bekannt?

Die Deutschnationale Volkspartei!

Die berüchtigte dritte Steuernotverordnung, deren Vater der Finanzdiktator **Dr. Luther** ist, hat unter dem Ermächtigungsgesetz das Guthaben der Besitzer von Hypotheken, Pfandbriefen, Obligationen, Spareinlagen, Lebensversicherungen, öffentlichen Anleihen usw. zu mehr als 85% konfisziert, um 2—4% selbst zu erlösen und den Rest den Schuldnern zu schenken. Allein die Deutschnationale Volkspartei hat die völlige Aufhebung dieser Verordnung gefordert, während sich die anderen Parteien mit einigen verschämten Abänderungsanträgen begnügten, das Zentrum überhaupt nichts tat. Die Sozialdemokratie sprach durch ihr Organ, die Leipziger Volkszeitung, angesichts dieser Bemühungen der Deutschnationalen schon heute von einem **Aufwertungsschwindel.** Sieht das so aus, als ob die Sozialisten jemals für eine Aufwertung eintreten würden?

Die Deutschnationale Volkspartei treibt aber keinen Schwindel. Sie hat im Gegenteil als einzige Partei auf diesem Gebiet schon praktische Arbeit geleistet, indem sie im Sächsischen Landtag den Antrag stellte und durchbrachte, daß in den Haushaltsplan 400 000 Mark zur Aufwertung der Renten der bei der Altersversorgungsbank Versicherten eingesetzt wurden. Für den Reichstag aber liegen von der Deutschnationalen Volkspartei folgende Anträge vor:

a) Antrag Hergt:
1. Aufhebung der dritten Steuernotverordnung.
2. Alsbaldige Aufnahme des Zinsendienstes auch bei Reichsanleihen.
3. Eine höhere als 15%ige Aufwertung aller bevorzugt zu behandelnden (mündelsicheren) Forderungen.

b) Darüber hinausgehender Antrag Steiniger:
1. Die durch die dritte Steuernotverordnung beseitigten oder beeinträchtigten Rechte wieder herzustellen.
2. Den Zinsendienst, Kapitaldienst des Reichs und die Verpflichtungen der Gemeinden für ihre Sparkassen wieder aufzunehmen.
3. Die Grundstücksbelastung schleunigst herzustellen, damit die laufenden Verpflichtungen der Grundstückseigentümer erfüllt werden können.

Die Deutschnationale Volkspartei ist entschlossen, sich mit allen Kräften für diese Anträge einzusetzen und den Verlusten solcher Werte alles zu retten, was noch zu retten ist. Und noch kann viel gerettet werden, trotz jahrelanger sozialdemokratischer Mißwirtschaft. Deshalb hat die Deutschnationale Volkspartei beschlossen, an eine der ersten und wichtigsten ganz sicheren Plätze der Reichsliste den Vorkämpfer der Aufwertung, Oberlandesgerichtspräsident Best zu setzen und auch den bisherigen Abgeordneten Steiniger baldmöglichst wieder in den Reichstag zu bringen.

Darum, Ihr Sparer und Kleinrentner, Ihr Witwen und Angehörige des ehemaligen Mittelstandes, verhelft der **Liste 2, der Deutschnationalen Volkspartei,** zum Siege! Es genügt nicht, daß die Deutschnationale Volkspartei nur mit dem alten Bestande von 106 Mitgliedern in den neuen Reichstag einzieht! Noch erheblicher muß das Übergewicht dieser Partei werden! Dann wird Herr Ebert den Reichstag nicht wieder auflösen können, und dann werden und müssen unsere Aufwertungsanträge auch vollen Erfolg haben!

Wählt

Deutschnationale Volkspartei!

Wählt Liste 2

Wut zeiget auch der Mameluk

Graf Westarp, antworten Sie!

Graf Westarp bezeichnete in seiner Wahlrede zu Stettin die Sozialdemokratie als den Hauptfeind der Deutschnationalen. Die Wahlleitung der Deutschnationalen Volkspartei aber hat die Bestimmungen über den Zutritt zur heutigen Westarp-Versammlung nicht abgeändert. Die Arbeiter also bleiben ausgeschlossen. Graf Westarp flüchtet wiederum in den Kleiderschrank, wohin er anno 1924 im Reichstag vor seinen Aufwertler-Wählern geflüchtet ist.

Das ist deutschnationales Heldentum, das zu immer neuen Kriegen treibt und das vorgibt, die Welt aus den Angeln zu heben. Die Deutschnationalen sind zu feig, dem Arbeiter Zutritt in ihre Versammlungen zu gewähren. Nur dreimal gesiebte „national gesinnte Gäste" sind willkommen. Der Arbeiter soll vor den Toren bleiben und sich von den L.N.N. und der Neuen Leipziger über die Versprechungen der Deutschnationalen unterrichten lassen.

Die Deutschnationalen bezeichnen sich als „Volks"partei. Das „Volk" aber, die breiten Massen, werden aus der Westarp-Versammlung ausgeschlossen. Die Arbeiter sind zwar — soweit sie sich nach breitschlagen lassen — gut genug, am Wahltage einen Stimmzettel für die Deutschnationalen in die Urne zu werfen, aber als Besucher deutschnationaler Versammlungen werden sie nicht zugelassen. Damit zeigt sich, was es mit dem Wesen dieser „Volks"partei auf sich hat.

Vor den Wahlen von 1924 haben die Deutschnationalen den Massen Versprechungen über Versprechungen gemacht. Wir publizieren obenstehend ein Flugblatt aus der Wahlzeit von 1924. Die Leipziger Volkszeitung hat damals bereits die Versprechungen der Deutschnationalen als Schwindel entlarvt, und die Entwicklung hat ihr völlig recht gegeben. Man lese die großen Versprechungen, die dort mit den Anträgen Hergt und Steiniger gemacht worden sind und vergleiche sie mit der beinahe völligen Enteignung, die an den kleinen Sparern, Rentnern und Anleihebesitzern vollzogen wurde.

Ja noch mehr: Vor den Wahlen wurde mit dem Vertrauensmann der Aufwertungsorganisationen, Herrn Dr. Best, geradezu amerikanische Reklame gemacht. Als dann aber im Reichstag die Aufwertungsgesetze zur Behandlung kamen, wurde Dr. Best aus der deutschnationalen Fraktion hinausgeworfen. Nur durch das Entgegenkommen der sozialdemokratischen Fraktion, die einen ihrer Sitze im Ausschuß Herrn Dr. Best zur Verfügung stellte, wurde es möglich gemacht, daß Herr Dr. Best, der in den Flugblättern von den Deutschnationalen in den Himmel gehoben wurde, im Aufwertungsausschuß die Vorschläge der Deutschnationalen aus der Zeit der Wahlagitation vertreten konnte.

Antworten Sie, Graf Westarp! Antworten Sie denen, denen Sie zwar nicht die letzte Kuh aus dem Stalle, wohl aber die letzten Spar-, Renten- und Anleihegroschen aus der Schublade holten.

*

Wie wiederum die Plakatsäulen Leipzigs verkünden, hat Herr von Keudell sein Versprechen wahr gemacht. Er kommt am 1. Mai nach Leipzig, dieweil in Sachsen der Weltfeiertag durch Arbeitsruhe begangen wird. Herr von Keudell, der Manager des reaktionären Schulgesetzes, spricht am 1. Mai anläßlich einer Tagung deutschnationaler Lehrer, um zu beweisen, daß er zwar die Schlacht von Zäckerick gewonnen, dafür aber im Kampfe um sein reaktionäres Schulgesetz glänzend unterlegen ist.

Die für Herrn v. Keudell anberaumte Festversammlung tagt abends 8 Uhr im Kyffhäuser-Haus. Willkommen sind wiederum nur Freunde der deutsch-christlich gesinnten Elternschaft. Jesus Christus stammte, soweit wir uns recht erinnern, aus Palästina, wo keine Urgermanen hausten.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag von 50 Pfennig erhoben. Das Besorgen besonderer Eintrittskarten ist diesmal weggefallen, damit weitere Kreise der Maifestrede des Schulministers Herrn v. Keudell lauschen können.

Bela Khun verhaftet

SPD Wien, 27. April.

Am Donnerstag wurde in Wien der ehemalige Führer der ungarischen Kommunisten Bela Khun verhaftet. Er soll sich bereits seit einiger Zeit in Wien aufgehalten und unter dem Deckmantel einer Drogerie Verbindungen mit den Kommunisten gehabt haben. Angeblich hat die Polizei in der Drogerie zahlreiche kommunistische Schriften in deutscher, ungarischer und russischer Sprache beschlagnahmt.

Es ist merkwürdig, daß die Polizeidirektion sich bis jetzt offiziell zu der Verhaftung noch nicht geäußert hat. Vorläufig berichten nur die ihr nahestehenden Blätter darüber. Dabei wird u. a. angedeutet, daß Bela Khun eine Aktion gegen Ungarn geplant habe. In Kreisen der ungarischen Emigranten glaubt man an diese politische Aktion jedoch nicht. Man nimmt vielmehr an, daß Bela Khun von Moskau beauftragt war, die Hinterlassenschaft des ungarischen Kommunistenführers Dr. Landler, der kürzlich gestorben ist, zu liquidieren. Inzwischen sind mehrere ungarische Kriminalkommissare aus Budapest in Wien eingetroffen. Sie sollen der Wiener Polizei bei ihren Nachforschungen behilflich sein und namentlich die beschlagnahmten Schriften, soweit sie ungarisch sind, durchsehen.

Vorläufig hat Bela Khun jede Auskunft über den Zweck seines Wiener Aufenthalts gegenüber der Polizei verweigert. Er gab jedoch sofort zu, Bela Khun zu sein. Wahrscheinlich wird er wegen der verbotenen Rückkehr nach Oesterreich zu einigen Tagen Arrest verurteilt.

*

SPD Wien, 28. April. (Radio.)

Außer Bela Khun wurde auch einer seiner Bureauangestellten verhaftet, der einen falschen deutschen Paß besaß. Inzwischen ist Bela Khun wegen Geheimbündelei in das Landesgericht eingeliefert worden. Vorläufig bestreitet er jede politische Aktion.

Korruption, eine Waffe der Bourgeoisie

Zum Oelskandal in den Vereinigten Staaten

„Für Recht, Sitte und Ordnung!" „Für den Schutz des Eigentums!" So lauten die Parolen aller bürgerlichen Parteien, mit denen sie noch in jedem Wahlkampf einen Teil der Wählerschicht einfangen. Von den Plakatsäulen, von Millionen Flugblättern, aus den Inseratenspalten der bürgerlichen Blätter schreit es in Wahlzeiten wochenlang: „Schützt die Ordnung! Schützt das Eigentum." In die fürchterlichste der Aengste gejagt, die sich der brave Bürger ausdenken kann, geht er am Wahltag hin, wählt für „Ordnung und Eigentum" — wählt bürgerlich! Von den Demokraten bis hinüber zu den Deutschnationalen und Völkischen profitieren alle Parteien von dieser demagogischen Propaganda. Profitieren sie aus dem Grunde und gewinnen sie deswegen noch immer in jedem Wahlkampfe die Mehrheit über die Sozialdemokratie, weil ihnen neben der Wahlhilfe, die ihnen der Staat zum Teil direkt und indirekt leistet, noch ungeheure finanzielle Mittel zufließen. Woher diese Mittel kommen? Es ist kein Geheimnis, daß gewisse industrielle und agrarische Gruppen den bürgerlichen Parteien erhebliche Zuwendungen zukommen lassen, daß sie sich diese Parteien gewissermaßen kaufen, damit sie nach den Wahlen in den Parlamenten um so nachdrücklicher und erfolgreicher die Geschäfte der Geldgeber besorgen.

Natürlich geht es ihnen zur Täuschung der Wähler auch in diesem Wahlkampf wieder nur um die „Rettung von Volk und Staat", nur um „die Vertretung der Interessen des gesamten Volkes". Das war noch immer so und wird solange so bleiben, als die bürgerlichen Parteien als die Vollstrecker der Belange der kapitalistischen Schichten etwas zu sagen und zu bestimmen haben. Und während sie „die Interessen der Volksgesamtheit" angeblich wahrnehmen, versinkt der größere Teil des Volkes, nämlich die Arbeiterklasse, in immer tieferes Elend, und die kleine Schicht der Kapitalisten wird immer reicher, mächtiger und in der Ausübung dieses Machtwillens immer brutaler. Während sie angeblich „Ordnung und Eigentum" schützen, treiben sie unter der grinsenden Maske ihrer „Ordnung" die stinkendste Korruption, um die Gewinne zu steigern und ihre Herrschaft zu festigen, zwingen sie die arbeitende Bevölkerung und die Arbeitslosen zur völligen Eigentumslosigkeit, zerstören ihre Arbeitskraft, zwingen sie zum Hungern und dazu, ihren dürftigen Hausrat weiter abzubauen. Die Steuer-, Zoll- und die Wirtschaftspolitik sämtlicher bürgerlichen Parteien haben für die Arbeiterschaft die gleichen Folgen: sie vermehren ihre Not und ebnen den Kapitalisten die Bahn, zu altem Reichtum neuen zu häufen — für „Ordnung und Eigentum"!

Die finanzielle Wahlhilfe kapitalistischer Geldgeber und die eigensüchtige, auf die Lebensinteressen der großen Mehrheit des Volkes keine Rücksicht nehmende Interessenpolitik der bürgerlichen Parteien ist in allen kapitalistischen Staaten eine solche Selbstverständlichkeit, daß nur die Sozialdemokratie diese offensichtliche Korrumpierung der Politik und des Parlamentarismus bekämpft. Die bürgerlichen Parteien leben von ihr und die Bourgeoisie wendet sie als ein für sich erfolgreiches Mittel täglich an. Es muß einmal ein ganz besonderer Fall vorliegen, wenn diese Korruption allgemeines Aufsehen erregen soll. Ein solcher Fall ist jetzt eben von einem Gericht der Vereinigten Staaten nicht etwa verurteilt, sondern sanktioniert worden. Vor einigen Tagen berichteten wir, daß in Neuyork der Oelmagnat Harry Sinclair von der Anklage des Betrugs bei der Erwerbung von Oellizenzen freigesprochen worden ist. Und die Vossische Zeitung ließ sich dazu aus Neuyork weiter melden, daß dieser Freispruch für die Oeffentlichkeit vollkommen überraschend komme. Man rechnete allgemein damit, daß Sinclair der Strafe diesmal nicht entgehen würde. Ein Senator soll seinem Erstaunen mit den Worten Ausdruck gegeben haben: „Der Freispruch ist ein weiterer Beweis, daß es augenscheinlich in diesem Lande unmöglich ist, einen Mann, der eine Million Dollar besitzt, zu verurteilen." Dieser Korruptionsskandal, der damit mit einem Freispruch des mächtigen Oelkapitalisten abgeschlossen ist, hat einige Jahre lang die Oeffentlichkeit nicht nur der Vereinigten Staaten von Nordamerika beschäftigt. Die ganze Gaunerei, deren die bürgerlichen Ordnungsmänner, die für „Ordnung und Eigentum" eintreten, fähig sind, trat in taghelle Beleuchtung. Sinclair hat vor mehreren Jahren für mehrere hunderttausend Dollar drei Minister gekauft, Fall, Daheny und Daugherty, die alle drei mit dem damaligen Präsidenten Harding der Republikanischen Partei angehören. Die Republikanische Partei ist eine durch und durch kapitalistische Partei, reaktionär und von wütendem Haß gegen die schwache sozialistische Bewegung erfüllt. Wenige Jahre nachdem die hohen Bestechungsgelder an die Minister des „Landes der Freiheit" gezahlt worden waren, sickerte auch durch, wofür sie gezahlt wurden: Fall hatte zwei reiche Oellager, die für die amerikanische Marine von Staats wegen als eiserne Reserve reserviert worden waren, für einen Spottpreis an die Oelgesellschaften Sinclairs und die eines Doheny in betrügerischer Absicht verkauft, oder richtiger: fast verschenkt. Mit einem Schlage er-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19280428/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG